

PRESSEMITTEILUNG

Montabaur, 03.03.2026

Ist der Westerwald krisenfest? – Grüne diskutieren über öffentliche Sicherheit und Katastrophenschutz

Rund 30 Bürgerinnen und Bürger folgten der Einladung des Kreisverbands BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Westerwald ins InnoLab Montabaur, um gemeinsam über die Zukunft der öffentlichen Sicherheit und den Katastrophenschutz zu sprechen. Zu Gast waren der Landtagsabgeordnete Carl-Bernhard von Heusinger, Mitglied im Innenausschuss und Untersuchungsausschuss zur Flutkatastrophe des Landtags Rheinland-Pfalz, sowie der grüne Direktkandidat für den Wahlkreis Montabaur André Butscheike.

Im Mittelpunkt stand die Frage, wie Rheinland-Pfalz nach der Ahrtal-Katastrophe krisenfester werden kann. Von Heusinger erläuterte, welche Schritte das Land seither unternommen hat: „Wir haben die Strukturen so verändert, dass im Ernstfall klare Zuständigkeiten gelten und das Land schneller koordiniert reagieren kann. Ziel ist es, die Zusammenarbeit über Kreisgrenzen hinweg zu stärken und Führung im Katastrophenfall eindeutig zu regeln.“ Mit dem neuen Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz in Koblenz, einer rund um die Uhr besetzten Einsatzzentrale sowie modernisierten Warnsystemen und digitalen Hochwasserkarten sei Rheinland-Pfalz heute deutlich besser aufgestellt. „Resilienz entsteht durch Vorbereitung und Wissen, nicht erst im Katastrophenfall“, betonte von Heusinger.

Ein weiterer Schwerpunkt des Gesprächs war das Ehrenamt als Rückgrat der Gefahrenabwehr. Gemeinsam diskutierten die Anwesenden, wie mehr junge Menschen für den Dienst in der Freiwilligen Feuerwehr oder in Hilfsorganisationen begeistert werden können. Von Heusinger hob hervor: „Ohne das Ehrenamt wäre unsere Sicherheitsarchitektur nicht funktionsfähig. Deshalb müssen wir gezielt in Nachwuchsgewinnung und bessere Rahmenbedingungen investieren.“

Auch die Zusammenarbeit von Land und Kommunen beim Katastrophenschutz blieb Thema. Dabei ging es um Fragen der Finanzierung, schnellere Abstimmungswege und die Notwendigkeit klarer Verantwortlichkeiten auf allen Ebenen. Diskutiert wurde zudem, wie Bürgerinnen und Bürger besser auf Krisen vorbereitet werden können – etwa durch Informationskampagnen, Vorsorgelisten oder einen „Tag des Katastrophenschutzes“ an Schulen.

Zum Abschluss widmete sich die Runde der Sicherheit im öffentlichen Raum. Obwohl die Zahl der Straftaten in Rheinland-Pfalz in den vergangenen zwei Jahrzehnten um rund 20 Pro-

zent gesunken ist, habe das Unsicherheitsgefühl vieler Menschen zugenommen. „Wir müssen das Sicherheitsgefühl ernst nehmen, auch wenn die Statistik objektiv eine positive Entwicklung zeigt“, so von Heusinger. André Butscheike ergänzte: „Attraktive Freizeit- und Begegnungsangebote schaffen Sicherheit, indem sie jungen Menschen Raum für Gemeinschaft bieten. Dies sind sehr wirkungsvolle Maßnahmen, um Jugendkriminalität präventiv zu bekämpfen“ Als vorbildliches Beispiel nannte er die „Zweite Heimat“ in Hör-Grenzhausen, die generationenübergreifende Begegnung in einem attraktiven Umfeld erfolgreich fördert.

Die Diskussion zeigte deutlich: Öffentliche Sicherheit und Katastrophenschutz sind langfristige Gemeinschaftsaufgaben, die nicht allein durch Technik oder Gesetze gelöst werden – sie leben vom Engagement vieler Menschen im Land.

Autor: Kreisvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN WESTERWALD